



DAS LEBEN IST BUNTER

Oppositionsrechte sichern!

"Eine starke Demokratie braucht die Opposition im Parlament" - so steht es im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD.

Die Opposition ist konstituierend für eine starke Demokratie. Unsere Demokratie lebt nicht nur vom Meinungsstreit, sondern muss ihn auch auf Augenhöhe gewährleisten. Nur so kann die Opposition wahre Kontrolle und Kritik an der Regierung üben sowie eigene Alternativen vorlegen. Eine Regierung muss entsprechend, grundsätzlich ein Interesse an einer starken Opposition haben.

Nach der Bundestagswahl 2013 ist es u. E. nötig, die formalen Voraussetzungen zu schaffen, so dass eine starke parlamentarische Demokratie auch durch eine wirkungsmächtige Opposition im Parlament repräsentiert wird.

Die Oppositionsfraktionen im Bundestag stellen knapp 20% der Abgeordneten. Wichtige und elementare Oppositionsrechte greifen erst, soweit die Opposition 25% der Abgeordneten umfasst. Um der Demokratie willen, um ihrer Lebendigkeit willen müssen die Oppositionsrechte gesichert werden. Regierungs- wie Oppositionsfraktionen müssen sich über einen verantwortungsvollen Umgang ihrer parlamentarischen Rechte bewusst sein.

Gemeinsam fordern wir:

- Die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen bereits dann zu ermöglichen, wenn zwei Oppositionsfraktionen, soweit die Oppositionsfraktionen insgesamt nicht ein Viertel der Abgeordneten repräsentieren, dies fordern.
- Die Einsetzung einer Enquete bereits dann zu ermöglichen, wenn zwei Oppositionsfraktionen, soweit die Oppositionsfraktionen insgesamt nicht ein Viertel der Abgeordneten repräsentieren, dies fordern.
- Die Einberufung einer Sitzung des Bundestages auch dann zu ermöglichen, wenn zwei Oppositionsfraktionen, soweit die Oppositionsfraktionen insgesamt nicht ein Viertel der Abgeordneten repräsentieren, dies fordern.
- Ausschusssitzungen dann einzuberufen, wenn zwei Oppositionsfraktionen, soweit die Oppositionsfraktionen insgesamt nicht ein Viertel der Abgeordneten repräsentieren, dies fordern.
- Anhörungen in den Ausschüssen dann durchzuführen, wenn zwei Oppositionsfraktionen, soweit die Oppositionsfraktionen insgesamt nicht ein Viertel der Abgeordneten repräsentieren, dies fordern.

Die Große Koalition darf nicht zum Regelfall werden. Aus diesem Grund setzen wir unseren Dialog fort. Unser Ziel ist es, dass einer möglichen rot-rot-grünen Machtkonstellation ein politischer Prozess vorausgeht, der tatsächliche politische Veränderungen ermöglicht.

UnterzeichnerInnen für die r2g-Runde:

- Stephan Borghorst, Büro MdB Sönke Rix
- Agnieszka Brugger, MdB Grüne
- Monika Lazar, MdB Grüne
- Stefan Liebich, MdB Linke
- Nicole Maisch, MdB Grüne
- Angela Marquardt, Geschäftsführerin Denkfabrik SPD
- Dietmar Nietan, MdB SPD
- Sönke Rix, MdB SPD
- Frank Schwabe, MdB SPD
- Halina Wawzyniak, MdB Linke